

3000 Wohnungen errichtet werden. Eine Summe von 360 Millionen Mark, wie sie Bonn in ein paar Tagen für die Rüstung verschleudert, würde genügen, um in ländlichen Gebieten 260 Zentralschulen zu bauen.

**Dringend notwendig ist es, das Bildungswesen zu demokratisieren und zu modernisieren, das Recht auf Bildung für alle durchzusetzen und das gesamte Unterrichtsmaterial vom Ungeist des Militarismus, der Revanchepolitik und der Kriegspropaganda zu reinigen.** Es gilt, ein Bildungswesen zu schaffen, das allen Kindern das Recht auf Bildung garantiert und ihnen — unabhängig von der sozialen Stellung der Eltern — eine Allgemeinbildung vermittelt, die das Niveau der heutigen Achtklassenschule bei weitem überschreitet (obligatorische Neun- oder Zehnklassenschule). Es hat zu sichern, daß die Kinder im Geiste des Humanismus, der Demokratie, des Friedens und der Völkerverständigung erzogen werden. Notwendig sind ferner eine moderne, der Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Revolution entsprechende Berufsausbildung, vielseitige Möglichkeiten zum Erwerb der Hochschulreife und zum Besuch der Hochschulen und Universitäten, unabhängig von der sozialen Stellung der Familie.

Ein solches Bildungssystem entspricht dem Aktionsprogramm des DGB, den Forderungen der 7. Jugendkonferenz der IG Metall auf ihrer Tagung im Mai des vergangenen Jahres, den Forderungen der fortschrittlichen Studentenorganisationen und auch den bildungspolitischen Leitsätzen der SPD.

Auf dem Gebiet der Kultur und der Kunst geht es darum, die **demokratischen Forderungen der Geistes- und Kulturschaffenden** durchzusetzen und den Einfluß der Kräfte zurückzudrängen, die dem westdeutschen Geistesleben heute ihren reaktionären Stempel aufzudrücken suchen.

**Wir haben große Hochachtung vor den humanistischen Wissenschaftlern und Künstlern der Bundesrepublik, die unter für sie komplizierten Bedingungen ihre Stimme für Entspannung und Frieden in Deutschland erheben,** die mutig gegen Aufrüstung und atomare Bewaffnung der Bundeswehr, gegen Notstandsgesetzgebung und andere Methoden der Kriegsvorbereitung auftreten und den Krieg der USA in Vietnam als das bezeichnen, was er ist: ein schmutziges Verbrechen.

## **Beziehungen zwischen Staat und Kirche**

In Westdeutschland wächst die Erkenntnis, daß auch hier die Beziehungen zwischen Staat

und Kirche auf demokratische Weise geregelt werden sollten. Das heißt auf der Grundlage der Glaubensfreiheit für alle Bürger, der Toleranz und des Schutzes der ungestörten Religionsausübung, wie das in den modernen Staaten Europas der Fall ist.

Eine solche Regelung schließt den imperialistischen Mißbrauch der Kirche für fremde, den Aufgaben der Kirche wie auch dem religiösen Anliegen und der Friedensliebe gläubiger Bürger widersprechende Interessen aus. Die Kirchen und die Christen brauchen zum Beispiel keinen Militärseelsorgevertrag, der sie an die Seite faschistischer Generale führt, sondern sie brauchen die Zusammenarbeit mit allen Menschen guten Willens zur Sicherung des Friedens ...

Bei der Entwicklung vertrauensvoller, vom Geiste gegenseitiger Achtung getragener Beziehungen zwischen den Staatsorganen und den Repräsentanten der Kirchen sollten jene guten Erfahrungen nutzbar gemacht werden, die Amtsträger der Kirchen in beiden deutschen Staaten bei ihrem Eintreten für Frieden und Verständigung während der vergangenen zwei Jahrzehnte in ihrer Zusammenarbeit mit den Organen sozialistischer und antiimperialistischer Staaten sammeln konnten. Amtsträger der Kirchen, die sich in den vergangenen Jahren als Patrioten für die friedliche Lösung der nationalen Frage einsetzten, werden heute und in Zukunft Würdigung und Anerkennung erfahren.

## **Worum geht es also?**

**Es geht also darum, von der Herrschaft der Millionäre über die Millionen zu einer Ordnung zu kommen, in der die Grundrechte der Menschen eine feste materielle ökonomische und politische Basis haben.**

Es geht darum, die nur scheinbare Demokratie, in der die Wähler alle vier Jahre zwar eine Stimme abgeben dürfen, in der sie aber tatsächlich nichts zu bestimmen haben, in eine echte Demokratie zu wandeln, in der die Bürger ihr gesellschaftliches Leben aktiv gestalten, in der sie aktiv ihre Rechte und Pflichten wahrnehmen.

Das wird die Demokratie sein, die in Westdeutschland notwendig ist, damit der Weg des Friedens und der Verständigung der beiden deutschen Staaten, der Weg zum Vaterland der Deutschen eingeschlagen werden kann.

---

(Aus der programmatischen Rede des Genossen Walter Ulbricht auf der Festveranstaltung zum 20. Jahrestag der Gründung der SED. „ND“ vom 22. April 1968)